

Klinikdirektoren und die Sozialdienste der Psychiatrischen Kliniken und Abteilungen in Hamburg: Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2020 – Antworten der SPD

Frage	Antwort	
<p><i>Patienten, die am Ende der Akutbehandlung im Krankenhaus entlassen werden könnten warten Monate auf einen Platz im Betreuten Wohnen (stationäre Eingliederungshilfe). Die Anträge brauchen 3-6 Monate in der Behörde und anschließend folgt die Wartezeit der Wohneinrichtungen die mindestens 6 Monate umfasst. Dementsprechend müssen entlassfähige Patienten unnötig und langfristig auf den Akutstationen verbleiben. Eine Entlassung kann nicht durchgeführt werden weil diese schwerkranken Patienten häufig einen langfristigen Unterbringungsbeschluss haben und/oder keine eigene Wohnung mehr haben. Die Wartezeiten, Absagen und die fehlende Weiterversorgung vermitteln den Patienten auf den Akutstationen das Bild unerwünscht zu sein. Die Teams der Stationen sind frustriert weil ihre geleistete Arbeit konterkariert wird. Diese Faktoren führen zu einer kritischen Gesamtsituation der stationären Akutpsychiatrie in Hamburg.</i></p> <p><i>Unsere Frage: Was wird ihre Partei tun, um die Wartezeiten zu reduzieren? Was wird Ihre Partei tun, um den Hamburger Patienten eine therapeutische Wohnstruktur bzw. eine Eingliederungshilfe in der Heimatstadt zu organisieren?</i></p>	<p>Die SPD setzt sich für einen Ausbau von hochstrukturierten Plätzen ein – sei es in stationärer Betreuung oder ambulanten Wohngruppen in Hamburg. Der SPD geführte Senat hat dies bereits im Psychiatriebericht als wichtiges Ziel benannt und die Bedingungen hierfür präzisiert.</p> <p>Erste Ausbauerfolge sollten in 2020 erreicht werden. Im Bereich der Sozialpsychiatrie werden wir die quartiersnahe Arbeit weiterhin ausbauen, um die Teilhabe von Menschen mit seelischen Behinderungen weiter zu verbessern.</p>	
<p><i>Die Aufsichtskommission kritisiert seit vielen Jahren in ihren Prüfberichten, dass immer mehr Hamburger Patienten, die einen Unterbringungsbeschluss haben, in Wohneinrichtungen teils weit außerhalb Hamburgs bzw. in andere Bundesländer verbracht werden. Im letzten Jahr waren es 105.</i></p>	<p>Derzeit werden in Hamburg 32 geschlossene Plätze (16 im Lütt Huus der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH und weitere 16 in Sachsenwaldau von fördern & wohnen) für psychisch kranke Menschen mit Unterbringungsbeschluss nach § 1906 BGB vorgehalten. Auch wenn in manchen Fällen eine externe Unterbringung auch fachlich sinnvoll ist, ist es unstrittig, dass diese Zahl noch nicht ausreichend ist.</p>	

Klinikdirektoren und die Sozialdienste der Psychiatrischen Kliniken und Abteilungen in Hamburg: Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2020 – Antworten der SPD

<p><i>Unsere Frage: Was wird Ihre Partei tun, um den „Export“ von schwerkranken Patienten in die gesamte Republik zu reduzieren?</i></p>	<p>Die SPD will daher die Schaffung zusätzlicher Plätze für die Eingliederungshilfe vorantreiben. Die SPD geführte Sozialbehörde befindet sich dazu bereits in intensiven Gesprächen. Neue Plätze sollen sich in vorhandene Angebote integrieren. Die Durchlässigkeit hin zu ambulanten Angeboten der Eingliederungshilfe ist dabei ebenso ein wesentliches Kriterium, wie die enge Kooperation mit den medizinischen Versorgungsangeboten. Dabei besteht eine zusätzliche besondere Schwierigkeit in dem für ganz Hamburg geltenden Mangel an geeigneten Liegenschaften.</p>	
<p><i>Schwer psychisch kranke Menschen haben häufig eine verminderte Krankheitseinsicht und meiden das klassische Versorgungssystem. Hierdurch entsteht im klassischen Versorgungssystem ein Zugangerschwernis („Patient wirkt nicht mit“). Durch alternative Versorgungsangebote wie z.B. Hotel Plus (Köln) oder Pension Plus (Münster) gelingt eine Schwellenabsenkung die solche Patienten wieder in das ganze Versorgungssystem integrieren kann.</i></p> <p><i>Unsere Frage: Was wird Ihre Partei tun, um solche Einrichtungen zu schaffen und in das Versorgungssystem zu integrieren?</i></p>	<p>Die SPD setzt sich dafür ein, dass Menschen, die unter psychischen Erkrankungen leiden und obdachlos sind, durch besondere Sprechstundenangebote in den Tagesaufenthaltsstätten noch besser erreicht werden können.</p> <p>Die SPD hat hierzu bereits Anträge in die Hamburgische Bürgerschaft eingebracht. Die Verbesserung der Versorgung psychisch erkrankter Obdachloser ist Gegenstand sowohl der Beratungen in Folge der Obdachlosenzählung, des Psychiatrieberichts und einer Arbeitsgruppe der Sozialbehörde gewesen. Die positiven Erfahrungen aus den genannten Hotel-Plus Ansätzen sollen in die Weiterentwicklung der Unterbringung für psychisch kranke Obdachlose einfließen. Dazu hat die SPD zusammen mit den GRÜNEN einen Antrag in die Hamburgische Bürgerschaft eingebracht.</p>	
<p><i>Suchtkrank, Obdachlos, psychisch Krank und vielleicht noch pflegebedürftig? Jedes Problem hat seine eigene zuständige Behörde bzw. Kostenträger. Jedes Problem wird aus einem anderen Sozialtopf finanziert. Wenn ein Patient von mehreren Problemen betroffen ist dann schieben die Behörden die Zuständigkeiten hin und her.</i></p> <p><i>Unsere Frage: Was wird Ihre Partei tun, um die problematische Aufspaltung des Sozialsystems (SGB V, IX, XI, XII) zu überwinden, um eine individuelle Lösung für den Patienten zu finden?</i></p>	<p>Die Versäulung der Hilfesysteme ist in unserem entwickelten Sozialstaat in der Tat ein Grundsatzproblem, das nicht auf dem Rücken der Hilfsbedürftigen selbst und auch nicht auf dem Rücken der professionellen oder ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ausgetragen werden darf.</p> <p>Im Bundesteilhabegesetz haben wir diesbezüglich bereits einen Durchbruch geschafft und wir werden weiter daran arbeiten, dass der Sozialstaat auch tatsächlich für die Menschen da ist, wenn er gebraucht wird.</p>	

Klinikdirektoren und die Sozialdienste der Psychiatrischen Kliniken und Abteilungen in Hamburg: Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2020 – Antworten der SPD

<p><i>In anderen Städten (z.B. Münster) gibt es sogenannte „Systemsprengerkonferenzen“. Hier werden regelmäßig am Runden Tisch flexible Lösungsvorschläge von allen, an der Versorgung Beteiligten erarbeitet, um herausfordernde Patienten zu versorgen.</i></p> <p><i>Unsere Fragen: Was wird Ihre Partei tun, um „Systemsprengerkonferenzen“ einzurichten, die eine hohe Verbindlichkeit haben und nach flexiblen, individualisierten Lösungen suchen?</i></p>	<p>Es läuft derzeit ein Modellprojekt, um Bewohner von Wohnunterkünften an niedrigschwellige Begegnungsstätten im Rahmen des Regelangebots der ambulanten Sozialpsychiatrie (ASP) anzubinden. Im Modellprojekt Harburg soll eine sektorenübergreifende Kooperation in der psychiatrisch-psychosozialen Versorgung von Bürgern mit psychischen Störungen oder seelischen Behinderungen erfolgen. Ziel ist das Zusammenwirken der unterschiedlichen Akteure, um in gemeinsamer Verantwortung psychisch erkrankten und seelisch behinderten Menschen mit komplexen Betreuungsbedarfen die von ihnen benötigten Hilfen zu leisten. Die hier gemachten Erfahrungen wollen wir für die Weiterentwicklung der Hilfen nutzen.</p> <p>Soweit es sich um Leistungsberechtigte der Eingliederungshilfe handelt, finden auch in Hamburg bereits gemeinsame Konferenzen der Anbieter statt, um Leistungsberechtigte mit hohem Betreuungsbedarf zu versorgen.</p>	
<p><i>In Wohnungsloseneinrichtungen (§67, SGB XII) dürfen keine psychisch Kranken Menschen aufgenommen werden, weil die Wohneinrichtung keinen Vertrag über Eingliederungshilfe (§53 SGB XII) hat. In Eingliederungshilfeeinrichtungen werden keine pflegebedürftigen aufgenommen, obwohl sie trotz Pflegebedürftigkeit auch einen Anspruch auf Wiedereingliederung haben.</i></p> <p><i>Unsere Frage: Was wird Ihre Partei tun, um diese Versorgungslücken zu überwinden, um eine individuelle Lösung für den Patienten zu finden?</i></p>	<p>In besonderen Wohnformen für Menschen mit Behinderung ist die Pflege von der Eingliederungshilfe umfasst, in den übrigen Angeboten besteht der komplette Anspruch auf Leistungen der Pflegekasse und ggf. ergänzende Hilfe zur Pflege.</p> <p>Insofern ist es nicht ganz richtig, dass in Eingliederungshilfeeinrichtungen keine pflegebedürftigen Menschen aufgenommen werden. Voraussetzung für die Leistung von Eingliederungshilfe ist eine seelische Behinderung. Sowohl die Betreuung als solche, deren Zielrichtung und das erforderliche Personal unterscheiden sich in Einrichtungen nach § 67 SGB XII und solchen der Eingliederungshilfe. Insofern ist es folgerichtig, wenn die Angebote sich unterscheiden – wobei nicht ausgeschlossen ist, dass ein Anbieter Verträge für beide Leistungssysteme hat (Beispiel Jakob-Junker-Haus).</p> <p>In Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, auch in Einrichtungen mit Leistungen nach §67 SGB XII, werden auch Menschen mit psychischen Erkrankungen aufgenommen.</p>	
<p><i>Obdachlose Patienten haben in über 50% der Fälle eine psychische Erkrankung. Sehr häufig werden diese Patienten kurzfristig und notfallmäßig in psychiatrischen Kliniken Hamburgs behandelt. Eine</i></p>	<p>Menschen, die unter psychischen Erkrankungen leiden und obdachlos sind, wollen wir durch besondere Sprechstundenangebote in den Tagesaufenthaltsstätten noch besser erreichen. Um sie bei der Entwicklung einer nachhaltigen Perspektive noch besser zu unterstützen, werden wir eine</p>	

Klinikdirektoren und die Sozialdienste der Psychiatrischen Kliniken und Abteilungen in Hamburg: Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2020 – Antworten der SPD

<p><i>erfolgreiche und langfristige Stabilisierung gelingt jedoch nur durch Sektor-übergreifende Behandlungskonzepte die flexible, ambulante, nachgehende und multidisziplinäre Elemente sowie Streetwork aufweisen.</i></p> <p><i>Unsere Frage: Was wird ihre Partei tun um für das zentrale Problem der Obdachlosigkeit moderne Versorgungskonzepte zu entwickeln.</i></p>	<p>öffentlich-rechtliche Unterkunft schaffen, die speziell auf die Bedürfnisse ehemals Obdachloser mit psychischen Erkrankungen ausgerichtet ist. Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Unterbringung will die SPD zwei spezialisierte Einrichtungen für Personen mit schweren psychischen Erkrankungen schaffen. Konkret sind zwei Standorte geplant mit einer Kapazität von jeweils 100 Plätzen für Frauen bzw. Männer. Der Zielgruppe wird sowohl durch eine erweiterte personelle, wie auch durch eine veränderte räumliche Ausstattung im Vergleich zu regulärer Unterbringung Rechnung getragen. Ziel ist, einen Übergang in das Regelsystem zu erreichen. Die Klärung von Schnittstellen und Einbindung weiterer Akteure ist in der konzeptionellen Ausarbeitung vorgesehen.</p> <p>Die SPD will insgesamt eine stärkere Verzahnung der Regelangebote der psychiatrischen Gesundheitsversorgung und der Wohnungslosenhilfe in Angriff nehmen. Bereits im Psychiatriebericht (Drs. 21/16437), den der SPD geführte Senat 2019 vorgelegt hat, ist die Verknüpfung der Aufgabenbereiche von Wohnungslosenhilfe und Regelstrukturen der Gesundheitsversorgung abgebildet. Dort finden sich auch bereits Ausführungen zu den Schwierigkeiten und Handlungsansätzen bei der Versorgung obdach- bzw. wohnungsloser Menschen. Die sozialarbeiterische Ansprache und Begleitung zu ärztlichen Beratungs- und Versorgungsleistungen ist aus unserer Sicht entscheidend für eine Anbindung an die Regelsysteme. Eine wesentliche Aufgabe der Obdach- und Wohnungslosenhilfe besteht darin, bei der Überwindung der bekannten Hindernisse bei der Ansprache und Versorgung psychisch Erkrankter zu unterstützen. Dazu gehören vor allem der schwierige Erstkontakt, die fehlende Krankheitseinsicht, vorgelagerte Suchterkrankungen und die oft fehlende Behandlungskontinuität durch mangelnde Termintreue der Betroffenen.</p> <p>Die SPD hat in der Bürgerschaft mit einem Antrag (21/14328) u.a. zu Sprechstunden für psychisch erkrankte Obdachlose Fortschritte angestoßen. So soll es zusätzliche Sprechstunden in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe geben. Über die bereits bei den Schwerpunktpraxen und einzelnen Wohnunterkünften bestehenden Angebote bzw. Sprechzeiten¹</p>	
--	---	--

¹ Psychiatrische Sprechstunden werden angeboten in der Schwerpunktpraxis in der Notübernachtungsstätte für Männer Pik As von f&w in der Neustädter Straße (derzeit 3 Stunden wöchentlich) und des Weiteren in der Schwerpunktpraxis des Caritasverbandes für das Erzbistum Hamburg e.V. in der Norderstraße (2 Stunden wöchentlich).

Klinikdirektoren und die Sozialdienste der Psychiatrischen Kliniken und Abteilungen in Hamburg: Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2020 – Antworten der SPD

	<p>hinaus sollen damit insbesondere Tagesaufenthalts- und Notübernachtungsstätten in den Blick genommen werden.</p> <p>Außerdem will die SPD, eine mobile Supervision für Beschäftigte und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe einrichten. Ein interdisziplinäres Team (bspw. Psychiaterin, Sozialpädagoge, Sozialarbeiterin) soll in einem festen Rhythmus Träger und Unterkünfte besuchen, um fachliche Beratung und Supervision für Beratungskräfte selbst und die von den Beratungskräften zu bewältigenden schwierigen Fälle bei psychischen Auffälligkeiten zu leisten. Ziel soll hier die kontinuierliche fachliche Weiterbildung der Teams und Sicherheit der Beratungskräfte vor Ort sein.</p> <p>Zu den geplanten Maßnahmen sollen aber auch zusätzliche Angebote der Kliniken bzw. Angebote in Zusammenarbeit mit den Kliniken gehören. Z.B. soll der Zugang zu den Psychiatrischen Institutsambulanzen für obdachlose Menschen vereinfacht bzw. der Weg dorthin erleichtert werden. Auch eine stärkere Verknüpfung mit der Straßensozialarbeit für Obdachlose ist dabei angedacht, die wir verstärken wollen. Schon jetzt gibt es aber auch hier erste Angebote auch und gerade für psychisch Kranke (z.B. Projekt Straßenvisite der Caritas).</p>	
--	---	--

Psychiatrische Sprechstunden gibt es auch in der Wohnunterkunft Achterdwar, dem Standort der dritten Schwerpunktpraxis; sie werden dort vierzehntägig durch die Psychiatrische Institutsambulanz (PIA) des Bethesda Krankenhauses Bergedorf im Umfang von 1,5 - 2,5 Stunden durchgeführt.